



Presseschau vom 25.07.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

vormittags:

mil-lnr.info: In den letzten 24 Stunden wurde keine Beschuss von Seiten der ukrainischen Truppen auf das Territorium der LVR festgestellt.

de.sputniknews.com: **Nach Chinas Drohungen: USA schicken Kriegsschiff in Straße von Taiwan**

Die USA haben nach neuerlichen Drohungen Chinas gegen Taiwan ein Kriegsschiff durch die Taiwan-Straße fahren lassen.

Der Sprecher der siebten US-Flotte, Clay Doss, sagte laut Fernsehsender CNN, es handele sich um eine Routineoperation in voller Übereinstimmung mit dem Völkerrecht. Die Durchfahrt der „USS Antietam“ am Mittwoch und Donnerstag zeige das Engagement der USA für einen freien und offenen Indischen und Pazifischen Ozean.

„Die US Navy wird weiterhin fliegen, fahren und operieren, wo immer es das Völkerrecht erlaubt“, so Doss. Die Taiwan-Straße ist 180 Kilometer breit.

China betrachtet Taiwan als abtrünnige Provinz. In einem am Mittwoch vorgelegten Weißbuch wiederholte Peking Drohungen, die Inselrepublik gegebenenfalls auch mit militärischer Gewalt zurückzuerobern. Die „vollständige Wiedervereinigung Taiwans mit China ist im Grundinteresse Chinas“, hieß es.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32103/84/321038428.jpg>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 24. Juli 3:00 Uhr bis 25. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 3. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Dolomitnoje, Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks).**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an Wohnraum und Infrastrukturobjekten wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 2.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 9.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: US-Schiffe im Persischen Golf eskortieren? Pentagon spricht Klartext

Die USA sind bereit, ihre kommerziellen Schiffe im Persischen Golf zu verteidigen, planen aber nicht, jedes Schiff zu eskortieren. Dies äußerte der neue Pentagon-Chef Mark Esper. „Wir werden unsere Schiffe in jenem Maße eskortieren, wie es das Risiko verlangt...“, sagte Esper. „Ich sage nicht“, dass man sie jetzt begleiten werde.

Der US-Verteidigungsminister betonte dabei, dass er das Wort „Eskorte“ weitgehend nutze. „Eskorte bedeutet nicht, dass sie (die Handelsschiffe – Anm. d. Red.) uns unmittelbar folgen (...)“ Aber sobald man sich in dieser Region befinde, könne man ziemlich schnell reagieren, „um eine Provokation zu verhindern“.

Esper teilte unter anderem mit, dass er sich in der nächsten Woche mit der Leitung des US-Oberkommandos Centcom treffen wolle, „um das Konzept dieser Operationen zu verstehen“. ...



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32514/60/325146069.jpg>

Dnr-online.ru: Ein außerplanmäßiger humanitärer Konvoi der RF ist heute in Donezk eingetroffen.

Das Gesamtgewicht der Ladung beträgt mehr als 140 Tonnen. Es handelt sich um humanitäre Hilfe für den medizinischen Bereich (Medikamente und medizinisches Material), das für das Gesundheitsministerium der DVR vorgesehen ist.

ukrinform.ua: Regierung erwägt neue Sanktionen gegen Russland

Sanktionen, die das Militärkabinett dem nationalen Verteidigungs- und Sicherheitsrat (RNBO) vorgeschlagen wird, betreffen juristische Personen, die an dem Bau der Gaspipeline "Krasnodarskij Kraj - Krim" und der gesetzwidrigen Kohlenwasserstoff-Förderung in eroberten ukrainischen Lagerstätten beteiligt sind.

Dies wurde bei der Regierungssitzung beschlossen, meldet der Pressedienst des Ministeriums für vorübergehend besetzte Gebiete und Binnenvertriebene.

„Weitere Sanktionen betreffen eine Reihe von juristischen Personen, die an dem Bau der Ferngasleitung ‚Krasnodarskij Kraj – Krim‘ und der gesetzwidrigen Förderung von Kohlenwasserstoffen in eroberten ukrainischen Lagerstätten einschließlich der Gewinnung auf dem Festlandsockel der Ukraine beteiligt sind“, heißt es in der Mitteilung.

Demnach sind 18 juristische Personen, die in der Russischen Föderation angemeldet sind, und weitere sechs auf der vorübergehend besetzten Krim in dieser Sanktionsliste erfasst.

Lug-info.com: Der 85. humanitäre Konvoi des Zivilschutzministeriums Russlands für die Einwohner des Donbass ist heute in Lugansk eingetroffen.

Es handelt sich um 9 Lastwagen, die 107,5 Tonnen humanitäre Ladung, vor allem medizinisches Material und Medikamente liefern.

de.sputniknews.com: Private chinesische Raumfahrtfirma schickt erstmals Rakete ins All

Erstmals ist einem privaten chinesischen Raumfahrtunternehmen der Start einer Trägerrakete in die Erdumlaufbahn gelungen. Die selbst entwickelte Rakete der Pekinger Firma iSpace hob am Donnerstag vom chinesischen Raumfahrtzentrum Jiuquan in der Wüste Gobi ab, teilte die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua mit.

Demnach brachte die „Hyperbola-1“ zwei Satelliten in den Orbit. Schon zuvor hatten die kommerziellen chinesische Unternehmen LandSpace und OneSpace versucht, Trägerraketen in die Erdumlaufbahn zu bringen, waren aber gescheitert. Chinesische Staatsmedien bezeichneten den Start am Donnerstag als „Meilenstein“ für Chinas private Raumfahrtindustrie.

In China gibt es Dutzende Firmen, die versuchen, in der privaten Raumfahrt Fuß zu fassen. Der US-Raumfahrtbehörde Nasa zufolge führten diese Unternehmen allein 2018 etwa dreißig Raketenstarts durch.

Im Wesentlichen wird das Raumfahrtprogramm des Landes aber vom Staat unter Kontrolle des Militärs vorangetrieben. Die Regierung hat ambitionierte Pläne im All. Neben weiteren Flügen zum Mond ist so auch eine Marsmission geplant, bei der ein Landefahrzeug samt Rover auf dem roten Planeten abgesetzt werden soll. Auch plant China den Bau einer eigenen Raumstation.

Private Raumfahrtunternehmen in den USA sind den Chinesen weit voraus. Das von US-Mogul Elon Musk im Jahr 2002 gegründete SpaceX hat mit seinen Raketen bereits zahlreiche Satelliten in die Erdumlaufbahn gebracht und Versorgungsflüge zur Internationalen Raumstation ISS durchgeführt. Auch Amazon-Chef Jeff Bezos arbeitet mit seiner Firma Blue Origin an ambitionierten Raumfahrtplänen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32550/41/325504180.jpg>

Wpered.su: Kommunisten sind nicht durch Terror einzuschüchtern!

Die Kommunisten Moskaus sind zutiefst über den frevlerischen Anschlag auf den ersten Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der DVR, einen der Gründer der Volksrepublik Boris Alexejewitsch Litwinow empört.

Das ist schon der fünfte Anschlag auf das Leben von Genossen Litwinow, dem es wie durch ein Wunder gelungen ist, dem Tod zu entkommen. Zum Glück verhinderte die von ihm gezeigte Wachsamkeit, dass die verbrecherischen Pläne zur Enthauptung der kommunistischen und nationalen Befreiungsbewegung Wirklichkeit wurden.

Wir äußern unser brüderliches Mitgefühl allen, die Zielscheibe gemeiner und feiger Schläge aus dem Hinterhalt wurden! Wir wünschen der verhassten Bandera-Junta den Tod, ihren Handlangern ein gerechtes Gericht und Vergeltung! Wenn der Feind ein weiteres Mal zu direktem Terror gegen die Kommunisten des Donbass greift, so ist dies die beste, verlässlichste Anerkennung eurer Verdienste, ein Beweis dafür, dass ihr euch auf dem richtigen Weg befindet. Und nur so rechnet man damit, mit euch fertig werden zu können. Das wird nicht gelingen! Es wird nicht gelingen, Kommunisten einzuschüchtern! Niemals! Weder früher, noch in der schweren Zeit der zaristischen Repressionen, noch in der Zeit der deutschen Besatzung! Sie werden in den ersten Reihen der Kämpfer für die Freiheit des Heimatlandes, gegen die Neofaschisten stehen, ihre Frauen, Kinder verteidigen, das Recht auf Russisch zu sprechen und zu denken, sich nicht beugen, nicht springen, nicht das Andenken an die Vorfahren, die die Verräter aus der OUN fest geschlagen haben, verraten.

Der fortgesetzte Terror gegen die Kommunisten ist ein Beweis für die Absicht des internationalen Kapitals, alle zu beseitigen, die ihre Stimme gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, gegen die Hydra der neonazistischen Reaktion, die ihren

Kopf erhebt, erheben. Die Marionetten-Bandera-Junta führt schon im fünften Jahr groß angelegte Angriffe und Diversionen gegen das arbeitende Volk und seine Avantgarde in Gestalt der Kommunistischen Partei, gegen die Einwohner der Donezker und Lugansker Volksrepublik, die beim Referendum demokratisch ihr Bestreben zum Ausdruck gebracht haben, unter dem Stiefel des proamerikanischen faschistischen Kiewer Regimes herauszukommen, durch.

Die Geschichte zeugt in aller Deutlichkeit davon, dass die Bourgeoisie niemals die Versuche unterlässt, die politischen Kräfte, die für Gleichheit, Gerechtigkeit, Freiheit, für Völkerfreundschaft kämpfen, zu demoralisieren und zu zerschlagen. Behinderung der gesetzlichen Aktivität kommunistischer und Arbeiterparteien, Versuche sie zu verbieten, Provokationen gegen die Führer linker Kräfte, Entfachung von Massenterror gegen die Volksmassen – zu allen den aufgezählten Methoden griff die Klasse der Kapitalisten in einer für sie kritischen Zeit. Für die fortschrittlichen Kräfte und das einfache Volk schreckliche Übergriffe der weißgardistischen Regierung in den Jahren des Bürgerkriegs, die Tyranneien Mussolinis, Hitlers, Francos, Pinochets, Batistas, Somozas und anderer zeugen direkt davon. Heute haben die „Globalisten“ und ihre Helfershelfer in der ganzen Welt den Platz des Hauptfeinds der Arbeiterklasse und des Friedens eingenommen. Und sie handeln mit immer weiter zunehmender Aggression und Zynismus.

Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation bringt ihre Solidarität mit den Zielen und Aktivitäten der Kommunistischen Partei der DVR und ihrem ersten Sekretär B. A. Litwinow zum Ausdruck. Nur wenn wir uns vereinen, werden wir in gemeinsamen Anstrengungen die Völker Russlands und der Ukraine von dem kapitalistischen Joch befreien können. Wir werden unbedingt dem Vorstoß der reaktionären Kräfte standhalten. Möge niemand von zeitweiligen Schwierigkeiten und Misserfolgen verwirrt werden. Wir Mahatma Gandhi sagte, „zuerst bemerken sie dich nicht, dann lachen sie über dich, dann kämpfen sie gegen dich. Und dann siegst du“.

Wir wünschen euch Standhaftigkeit und Mut, liebe Genossen, Qualitäten, die in jedem Krieg unbedingt notwendig sind. Wir wünschen euch Geschlossenheit und wahre, starke Kameradschaft, wie eine stählerne Kette. Wir wünschen euch nicht versiegende Begeisterung, Glauben an eure Kräfte. Und natürlich wünschen wir euch vor allem den Sieg!

Mit der Zeit wird euer Kampf für die Freiheit des Donbass, für die Befreiung des arbeitenden Volks vom Joch der Ausbeuter unbedingt Ergebnisse bringen. Hinter Euch steht die historische Wahrheit und die Unterstützung des Volkes.

Eure Sache ist gerecht!

Die Moskauer Stadtorganisation der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Wegen Venezuela: Planen USA neue Sanktionen gegen Russland?**

Washington erwägt die Möglichkeit der Verhängung von Sanktionen gegen Russland, da Moskau die venezolanische Regierung unterstützt. Dies erklärte der US-Sonderbeauftragte für Venezuela Elliot Abrams.

Was Russland angeht – „wir denken noch darüber nach, welche Sanktionen verhängt werden (können): individuelle oder sektorale“, so Abrams im Rahmen einer Konferenz in Washington, die von der Foundation for Defense of Democracies organisiert wurde. Damit beantwortete er die Frage, welche Maßnahmen Washington ergreifen könne, um Druck auf Russland und Kuba wegen ihrer Unterstützung der venezolanischen Regierung auszuüben. In Bezug auf die Unterstützung der venezolanischen Regierung durch Russland, China und Nordkorea äußerte er:

„Der Druck wird fortgesetzt. Und wir werden morgen mehr Sanktionen haben.“

Am 23. Februar hatten venezolanische Oppositionelle versucht, humanitäre Hilfsgüter nach Venezuela zu bringen. Die venezolanischen Behörden wollten diese Hilfe allerdings nicht annehmen. Nach Ansicht der Regierung gibt es keine humanitäre Krise im Land. Der venezolanische Präsident, Nicolas Maduro, bezeichnete die „Hilfslieferungen“ als Tarnung für eine Aggression gegen sein Land und brach die diplomatischen Beziehungen mit Kolumbien und den USA ab.

Am 21. Januar dieses Jahres hatte sich der Präsident der Nationalversammlung von Venezuela, Juan Guaido, während Protesten zum Übergangspräsidenten des Landes erklärt. Die Vereinigten Staaten sowie mehrere Länder Lateinamerikas und weltweit auch andere, darunter das EU-Parlament, hatten Guaido umgehend als Interimsstaatschef anerkannt. Russland, China, die Türkei und weitere Staaten bekundeten dagegen Solidarität mit Maduro, der seinen Rücktritt ablehnte und von einem von den Vereinigten Staaten inszenierten Putschversuch sprach.

Venezuela erlebt bereits seit längerem eine Wirtschaftskrise, die durch die verhängten Finanz- und Wirtschaftssanktionen gegen das Land noch verschärft wird.

Dan-news.info: „In Sajzewo, in der Pufferzone, ist eine alte Frau auf eine Mine geraten. Eine Einwohnerin der Brusilow-Straße, geb. 1958. Sie starb an ihren Verletzungen“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit. Die Umstände des Geschehens werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: S-400 für die Türkei: Erste Lieferetappe vollendet – Verteidigungsministerium

Die erste Etappe der S-400-Lieferung an die Türkei ist laut der heutigen Erklärung des türkischen Verteidigungsministeriums abgeschlossen.

Die Lieferung der ersten Partie mit S-400-Bauteilen an den Luftstützpunkt Murted (etwa 25 Kilometer nordwestlich von Ankara gelegen – Anm. d. Red.) wurde heute demnach abgeschlossen.

„In deren Rahmen wurden 30 Flüge (in die Türkei – Anm. d. Red.) unternommen“, heißt es. Es wird erwartet, dass die zweite Partie auch nach Ankara geliefert werde.

Die Lieferungen der S-400-Raketenabwehrkomplexe in die Türkei begannen am 12. Juli und werden voraussichtlich bis April 2020 dauern. Erdogan bezeichnete das Abkommen mit Russland als die wichtigste Vereinbarung in der modernen Geschichte des Landes und äußerte die Hoffnung darauf, eine gemeinsame Produktion von Luftabwehrsystemen in Gang bringen zu können.

Lug-info.com: Wirtschaftssubjekte von Lugansk, die die Gesetzgebung im Bereich der Preisbildung verletzt haben, haben sie Beginn des Jahres fast 140.000 Rubel Strafgeelder in das Budget der LVR eingezahlt. Dies teilte der Leiter der Abteilung für Handels- und Dienstleistungsfragen Alexandr Filipiskij mit.

„Im ersten Halbjahr haben Mitarbeiter der Abteilung mehr als 600 mal Monitoring der Preise für Lebensmittel in 90 Einzelhandelsobjekten von Lugansk durchgeführt. Auf Grundlage dieses Monitorings wurden 78 Kontrollen durchgeführt, in 53 Fällen wurden Verstöße gegen die geltende Gesetzgebung im Bereich der Preisbildung für Lebensmittel aufgedeckt“, sagte er.

„Es wurden Verfahren zu administrativen Rechtsverletzungen eingeleitet und 53 Verfügungen über Strafgeelder in einer Gesamthöhe von 93.800 Rubel erlassen. Unter Berücksichtigung der Strafgeelder, die bereits 2018 erlassen wurden, haben die Rechtsverletzer seit Beginn des Jahres 139.800 Rubel in den Staatshaushalt eingezahlt“, berichte Filipiskij.

Er fügte hinzu, dass im Ergebnis der Kontrolle am häufigsten Verstöße bei Wirtschaftssubjekten, die auf Märkten und in Handelskomplexen tätig sind, gefunden.

„Die grundlegenden Verstöße sind die Überschreitung der festgelegten Preise für gekühlte Hähnchen und Weizenmehl, die Überschreitung der zulässigen Handelsaufschläge für Milch, Sonnenblumenöl, Salz und fehlende Dokumente, unter anderem bei Gemüse und Obst“, erläuterte er.

Ukrinform.ua: **SBU setzt russischen Tanker fest: Er blockierte ukrainische Kriegsschiffe in der Straße von Kertsch**

Der Sicherheitsdienst der Ukraine hat gemeinsam mit der Militärstaatsanwaltschaft einen russischen Tanker im Hafen Ismajil festgesetzt.

Wie der SBU mitteilte, blockierte der Tanker „Neyma“ die ukrainischen Kriegsschiffe im November 2018 in der Straße von Kertsch. In der Mitteilung heißt es weiter, dass der russische Grenzschutz laut Ermittlungsergebnissen auf Befehl der Führung des Inlandsgeheimdienstes Russlands FSB einen Akt der bewaffneten Aggression gegen die ukrainischen Kriegsschiffe „Berdjansk“ und „Nikopol“ und „Jani Kapu“ begangen hätten. Der Grenzschutz habe illegal und unter Einsatz von Waffen die Fahrt ukrainischer Kriegsschiffe durch den Kertsch-Jenikalsker-Kanal in der Straße von Kertsch mit Hilfe des Tankers „Neyma“ (IMO-Nummer 8895528, MMSI-Nummer 273347000, Flagge Russland) blockiert. Diese Handlungen hätten zur Kaperung der Schiffe und zur Festnahme von 24 Marinesoldaten beigetragen.

Laut dem SBU lief am 24. Juli der Tanker „Nika Spirit“ unter russischer Flagge (IMO-Nummer 8895528) in den ukrainischen Hafen Ismajil ein. Das Schiff wurde nach Angaben von EQUASIS (European Quality Shipping Information System) als der Tanker „Neyma“ identifiziert. Schiffseigentümer hätten den Namen geändert, um die Beteiligung des Schiffen an der Akte der Aggression am 25. November 2018 zu verdecken.

Die Ermittler des SBU, Militärstaatsanwälte und Grenzsoldaten durchsuchten den Schiff, beschlagnahmten Dokumente und vernahmen die Schiffscrew, heißt es.

Dem Sicherheitsdienst zufolge wurden gegen das Unternehmen „Juvas Trans“ durch das Dekret des Präsidenten der Ukraine Sanktionen für die Dauer von drei Jahren eingeführt. Es gehe um das Einfrieren des Vermögens von „Juvas Trans“, Einschränkungen der Handeloperationen und andere Maßnahmen.

„Juvas Trans“ ist Eigentümer des „Schiffsreparaturwerks Kertsch“, dem der Tanker „Neyma“ gehörte.

`<iframe width="630" height="384" src="https://www.youtube.com/embed/44c5Hj2kiNw" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>`

<https://youtu.be/44c5Hj2kiNw>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 25.07.2019**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer die Gebiete von drei Ortschaften der Republik mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer aus der 53. und 30. Brigade unter Kommando von Poljakow und Garas **Dolomitnoje** und die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 24. Brigade unter Kommando des Kriegerverbrechers Guds **Trudowskije** mit einem Handgranatwerfer beschossen.

Die Gesamtzahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU betrug 3.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine setzten weiter **verbotene Methoden und Mittel der Kriegführung** ein.

So hat heute eine zivile Einwohnerin von Sajzewo, geb. 1958, eine tödliche Verletzung durch

eine von den ukrainischen Besatzern installierte Mine erlitten.

Die Tote befand sich auf ihrem Anwesen, das in der „Pufferzone“ liegt.

Die Sprengeinrichtung wurde von ukrainischen Diversanten in der letzten Nacht installiert, weil die Tote noch gestern auf ihrem Anwesen arbeitete. Während der Untersuchung des Orts des Geschehens wurden noch zwei weitere Antipersonenminen entdeckt.

Wir haben mehrfach festgestellt und der Öffentlichkeit mitgeteilt, dass der Feind unter Deckung des geltenden Waffenstillstands seine Positionen technisch ausrüstet und eine ungeordnete Verminung des umliegenden Territoriums vornimmt, worunter örtliche Einwohner leiden.

Die Tote war das erste Opfer dieses „Regimes der Ruhe“ und der Tatenlosigkeit der internationalen Öffentlichkeit.

Wir rufen die Weltöffentlichkeit auf, die Aufmerksamkeit auf die systematischen Verletzungen der Normen und Anforderungen des internationalen humanitären Rechts zu richten und alle vorhandenen Mittel des Einflusses auf die ukrainische Regierung zu nutzen, um die Vernichtung der Bevölkerung des Donbass zu stoppen.

Die ukrainischen Kämpfer behindern nach wie vor aktiv die Arbeiter der Beobachter der OSZE-Mission.

So haben wir am 22. und 23. Juli wieder die Aktivität von Störstationen des 20. und des 305. Bataillons für elektronische Kriegführung der ukrainischen Streitkräfte in den Gebieten von Starognatowka in Richtung Mariuol sowie Konstantinowka und Stepanowka in Richtung Gorlowka festgestellt. In diesen Gebieten stellen wir die aktive **Verlagerung von ukrainischer Panzertechnik und schweren Artilleriewaffen** des Gegners fest.

So verheimlichen die ukrainischen Besatzer, indem sie die Leitungssignal der OSZE-Drohnen blockierten, die Verletzung der Minsker Vereinbarungen und führen eine Konzentration schwerer Technik an der Kontaktlinie durch. Diese Sachverhalte werden auch von den offiziellen Berichten der Mission bestätigt.

Es gehen weiter **Beschwerden von Einwohnern der Republik über die Verletzung ihrer Rechte von Seiten der ukrainischen Besatzer** bei der Überschreitung der Kontaktlinie an den Passierpunkten ein.

So haben Mitarbeiter des SBU in den letzten zwei Tagen 86 Zivilisten den Übergang an den KPP „Jelenowka“ und „Majorsk“ verweigert und sich dabei auf deren Zusammenarbeit mit Spezialdiensten der Republik bezogen. Es ist wichtig anzumerken, dass mehr als 20 von ihnen Kindergärtner und Lehrer von Mittelschulen sind.

Unsere Aufklärung hat Informationen über die Arbeit einer Kommission am Stationierungsort des 1. Bataillons des 18. Regiments „Asow“ im Gebiet von Nowoluganskoje erhalten.

Ursache des Besuchs der Kommission sind Meinungsverschiedenheiten zwischen „Asowern“ und Kämpfern der 30. Brigade, bei denen es bereits bis zu offenen bewaffneten Konflikten gekommen ist.

So hat nach uns vorliegenden Informationen am 23. Juli im Gebiet von Semigorje ein Gefecht zwischen Mitgliedern des Rechten Sektors und Soldaten der Brigade aufgrund eines Versuchs der Nazisten, Positionen im Gebiet dieser Ortschaft einzunehmen, stattgefunden. Nach Angaben von einer Quelle im SBU wurde im Gebiet von Semigorje ein Kanal für Schmuggelwaren entdeckt.

de.sputniknews.com: Ukrainischer Geheimdienst SBU will russischen Tanker festgesetzt haben

Der ukrainische Geheimdienst SBU hat nach eigenen Angaben gemeinsam mit der Militärstaatsanwaltschaft des Landes den russischen Tanker „Nika Spirit“ festgesetzt. Dies teilte der SBU am Donnerstag auf seiner Facebook-Seite mit.

Der russische Tanker sei durchsucht, die Besatzung befragt und Dokumente seien gesichert worden, hieß es. Der Tanker, der zuvor „Neyma“ hieß und in den Vorfall in der Straße von

Kertsch im vergangenen November mit der Blockade ukrainischer Kriegsschiffe involviert gewesen sein soll, wurde im Hafen Ismail in der Region Odessa festgesetzt.

Der SBU will demnach Dokumente, Funkaufzeichnungen und Bordbücher von dem Zwischenfall im November suchen. Erwartet werde ein gerichtlicher Arrest des Schiffes als Beweismittel.

Erste Reaktion aus Moskau

Das Außenministerium in Moskau hat sich inzwischen zu dem Vorfall geäußert. Russland kläre derzeit die Festsetzung des Tankers auf, um entsprechende Maßnahmen ergreifen zu können.

„Wenn es hier um eine Geiselnahme von Russen geht, wird das als größter Verstoß gegen das Völkerrecht eingestuft und die Folgen werden nicht lange auf sich warten lassen“, hieß es in einer Erklärung des russischen Außenministeriums.

Der Vize-Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des russischen Föderationsrates (Parlamentsoberhaus), Wladimir Dschabarow, verurteilte die Festsetzung des russischen Tankers aufs Schärfste.

„Es ist offensichtlich ein Akt der Piraterie, der vom SBU begangen worden ist. Im Grunde ist man gegen einen souveränen Staat, gegen unser Schiff vorgegangen“, so der Politiker. Die Begründung, dass der Tanker angeblich ukrainische Schiffe im November blockiert habe, sei überhaupt nicht stichhaltig, da es sich damals um eine Verletzung der russischen Staatsgrenze gehandelt habe.

„Ich will betonen, dass das auch vor der Wiedervereinigung der Krim mit Russland eine russische Staatsgrenze gewesen ist“, betonte Dschabarow weiter.

Er wolle hoffen, dass der heutige Vorfall nicht direkt vom ukrainischen Oberbefehlshaber Wladimir Selenski angewiesen worden sei. Die scheidende Leitung der ukrainischen Sicherheitskräfte habe wohl nach der Wahl der neuen Regierung dem neuen Präsidenten einen bösen Streich spielen wollen, um ihm einen möglichen Dialog mit Russland zu erschweren.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2019.07/article/5d39a5064c96bbab208b4568.JPG>

mil-lnr.info: Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Hauptmann Ja. A. Osadtschij

Unter Nutzung der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand setzt der Gegner den technischen Ausbau vorhandener Positionen und Ausrüstung neuer sowie die Installation von Minensperren auf dem kontrollierten Territorium fort.

So hat unsere Aufklärung 3 neue Positionen des 5. Kompanie des 3. Bataillons der 25. Luftlandbrigade und die Verstärkung von Schützengräben am Abschnitt der Trennung von Kräften und Mitteln bei Staniza Luganskaja entdeckt. Außerdem hat die Aufklärung in diesem

Gebiet die Aktivität von zwei Gruppen von technischen Kräften in Begleitung eines Schützenpanzerwagens entdeckt. Diese Sachverhalte werden auch den offiziellen Berichten der OSZE-Mission bestätigt.

Die ukrainische Seite erleidet weiter nicht kampfbedingte Verluste. In der letzten Zeit entsteht die größte Zahl solcher Verluste aufgrund von Detonationen von eigenen Minen. Nach Angaben unserer Quelle bewegte sich eine Gruppe ukrainischer Soldaten aus der 14. mechanisierten Brigade im Gebiet von Pretschepilowka, vermutlich wegen Aufklärungs- und Sucharbeiten. Da sie keine genauen Karten von Minenfeldern hatten, geriet einer der Soldaten auf eine Mine, die von einem technischen Zug der 14. Brigade installiert worden war. Infolge der Detonation erlitt er eine Detonationsverletzung und wurde in ernstem Zustand in das Militärhospital in Sewerodonezk eingeliefert.

Im Zusammenhang mit den groß angelegten Diebstählen von Waffen und Munition in den Einheiten der 25. Luftlandbrigade hat das Kommando der Luftsturmkräfte der Ukraine eine Kommission die Brigade geschickt, um den Raketenantilleriesdienst zu überprüfen. Bei der Arbeit der Kommission wurde ein Fehlbestand von sieben Antipanzerraketensystemen „Stugna-P“ festgestellt. Derzeit wird eine Untersuchung dazu durchgeführt. Die Kommission hat festgestellt, dass der Brigadekommandeur an dem Fehlbestand beteiligt ist.

Die Volksmiliz der LVR hält die Vereinbarungen über den Waffenstillstand streng ein. Unsere Bestrebungen zu einer friedlichen Regelung des Konflikts bleiben nach wie vor unverändert. Im Fall einer Gefahr von Seiten des Gegners sind wir bereit, eine adäquate Antwort zu geben.

abends:

de.sputniknews.com: **Straße von Hormus: USA wollen Militärkoalition – doch nur wenige machen mit**

US-Außenminister Mike Pompeo meint, dass sich Staaten aus verschiedenen Regionen einer Koalition unter der Federführung Washingtons anschließen werden, die die Freiheit der Schifffahrt in der Straße von Hormus gewährleisten soll. Tatsächlich geht es um militärischen Druck gegen den Iran und die Eindämmung von dessen regionalen Machtansprüchen.

Wozu die Koalition angekündigt wird

Der Dozent des Lehrstuhls für Politologie der Russischen Plechanow-Wirtschaftsuniversität, Alexander Perendschijew, sagte gegenüber Sputnik: „Diese Verkündung ist natürlich eine Methode des psychologisch-emotionalen Einflusses auf den Iran. Zudem analysieren die USA die Position ihrer Verbündeten, ob sie sich auf Befehl einreihen werden oder nicht. Für die Amerikaner ist wichtig, das zu wissen.“

Solche Erklärungen und Versuche von Patrouillen gab es auch früher, das ist keine Neuheit. In der Praxis wird es meines Erachtens keine ernstzunehmende Armada vor der Küste Irans geben. Der Ölexport betrifft große Konzerne, die die Weltwirtschaft steuern. Sie wollen Stabilität und keine Eskalation der Situation“.

Experten zufolge ist die Koalition von den Amerikanern aus zwei Gründen gewollt – die Völkerrechtsnormen zugunsten der Interessen der USA zu umgehen und eigene Ressourcen zu sparen, wobei die Finanzlast auf andere verschoben wird.

Wer teilnehmen wird

„Aus jüngsten Verkündigungen wird klar, dass die engsten und stärksten Verbündeten der USA – Großbritannien, Frankreich und Italien der Koalition nicht beitreten werden.“

„Großbritannien wird europäische Kräfte schaffen, die nicht Teil der US-Koalition sein werden“, sagte der Politologe Imad Abdel Hadi aus den USA.

„Der Koalition werden Golfstaaten beitreten. Katar wird nicht dabei sein, weil das Land enge Verbindungen zum Iran hat. Pompeo sagte, dass man auch aus dem Hintergrund an der Koalition teilnehmen könne – indem Geld und Waren geschickt würden. Es werden China und

Indien herangezogen, die Öl über die Straße von Hormus exportieren. Die USA können es sich nicht leisten, allein zu patrouillieren“, sagte Imad Abdel Hadi.

Der iranische Experte Ahmed Mahdi meint, dass diese geplante Allianz nicht zustande kommen werde. „Das Heranziehen von Militärkräften aus Japan, Australien sowie den europäischen Ländern ist sehr teuer für die potentiellen Teilnehmer der Koalition. Die Kosten und die Ergebnisse stehen in keinem Verhältnis. Sie werden kaum darin einwilligen. Generell sollte das Gewässer von den Ländern überwacht werden, die sich dort befinden, und nicht von Gästen aus Übersee“, so der Experte.

Irans Reaktion

„Der Iran wird harte Maßnahmen ergreifen und die Amerikaner daran hindern, in dieser Straße zu herrschen“, sagte der Dozent des Lehrstuhls für Politologie der Russischen Plechanow-Wirtschaftsuniversität Alexander Perendschijew.

Der iranische Experte Ahmed Mahdi ist ebenfalls dieser Meinung. „Der Iran wird seine Interessen verteidigen, indem seine Verbündeten in der Region und der Welt herangezogen werden. Die Tatsache, dass Russland nicht in diese Koalition eingeladen wurde, bedeutet, dass die Verkündigungen über die Schaffung der Koalition eher als Einflussmethode notwendig sind. Die Amerikaner streben nicht nach der Gewährleistung der Sicherheit, sie wollen den Iran unter Druck setzen“, sagte Mahdi.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32551/01/325510136.jpg>

Dan-news.info: „Im Rahmen der gemeinsamen Tätigkeit des gesellschaftlichen Stabs für die frontnahen Gebiete bei der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ und der zeitweiligen Kommission des Volkssowjets zur Kontrolle und Koordination der Aktivität in den Gebieten, die am meisten unter der militärischen Aggression der Ukraine gelitten haben, haben 20 Kinder aus kinderreichen Familien des Kujbyschewskij-Bezirks ovn Donezk das Speiseeiswerk „Winter“ besucht“, teilte die gesellschaftliche Bewegung DR mit.

Die Kinder machten sich mit dem technologischen Prozess der Herstellung von Speiseeis bekannt, sie bekamen das Sortiment vorgestellt und bekamen von interessanten Dingen aus der Arbeit des Unternehmens erzählt. Zum Abschluss wurde für die Kinder eine Verkostung der Produkte von „Winter“ organisiert.



https://dnr-online.ru/wp-content/uploads/2019/07/DSC_0037.jpg

de.sputniknews.com: **Österreichische Justiz sucht per Haftbefehl „russischen Spion“**
Österreichs Ministerium für Inneres sucht per Haftbefehl nach einem Bürger Russlands, dem nachrichtendienstliche Aktivitäten zugunsten der russischen Militäraufklärung GRU zum Nachteil der Alpenrepublik vorgeworfen werden. Das geht aus einer am Donnerstag veröffentlichten Erklärung der Behörde hervor.

Es geht um den 65-jährigen Igor Saizew. Das Ministerium veröffentlichte auch ein Bild des mutmaßlichen Verbindungsmannes.

Die österreichische Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass der Russe einen Oberst der österreichischen Armee zur Preisgabe von Staatsgeheimnissen bewogen haben soll.

Der Oberst a. D. war am 30. November vergangenen Jahres wegen Spionageverdachts festgenommen worden. Im Juli 2019 wurde seine U-Haft bereits zum fünften Mal – bis zum 26. August – verlängert. Nach Angaben des Internetportals salzburg24.at soll der Salzburger Ex-Spion 20 Jahre lang Informationen an Russland weitergegeben haben.